

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal, Sonntag und Feiertag nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“, „Sonnen-Heil“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 25.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Circulband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Pommerngebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Angewandte 30.— Mk., für das übrige Ausland 37.— Mk.

Die abgehollene Ausgabe über den Markt kostet 12.— Mk. einschließlich Zustellgebühr. Kleine Zusätze: Das feinstgezeichnete Bild 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Zustellgebühr. Laufende Ausgaben laut Tarif. Familien-Anzeigen und Kleinanzeigen 8.— Mk. netto pro Zeile. Wochen-Anzeige in 24er-Nummern: das feinstgezeichnete Bild 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Druckerei Zentrum 152 90—152 99

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor der Spaltung des Beamtenbundes?

### Die Opposition der Reichsgewerkschaft

In der gestrigen Verhandlung des Dritten Bundestages des Deutschen Beamtenbundes wurde die Diskussion über die programmatischen Erklärungen des Bundesvorsitzenden bis zum kritischen Wendepunkt durchgeführt. Vogel von der Reichspostgewerkschaft vertrat den Standpunkt, daß der Eisenbahnerstreik in kürzester Frist erledigt gewesen wäre, wenn sich der Bundesvorstand hinter die Eisenbahner gestellt hätte. Die programmatischen Erklärungen des Bundesvorsitzenden hielten eine Ausweichrede dar. Wenn trat als Vertreter der Reichspostbeamten nachdrücklich für das Streikrecht der Beamten ein. In kurzen Ausführungen erklärte der Saarflügel, daß er den Lohnstreik nach wie vor ablehne und nur den Existenzstreik anerkenne. Henseler vom Bund der technischen Angestellten und Beamten legte sich für das Streikrecht der Beamten und die Schaffung einer Einheitsfront der Beamten, Angestellten und Arbeiter ein.

Mit härmlichem Beifall seiner Anhänger begrüßt, ergriff alsdann der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner Menne das Wort. Er bezeichnete den Kampf der Eisenbahner als einen Existenzkampf nicht für alle Beamten, sondern für die unteren Besoldungsgruppen, die nie einen Existenzkampf führen würden. In den höheren Gruppen habe man anscheinend kein Verhältnis für das Gefühl der breiten Massen. Es müsse nur ein Existenzkampf geübt werden zwischen denen, die sich als Gewerkschaftler fühlen und denen, die es nicht sein wollen. Abspaltungen sind im Gange, denn diejenigen, die gewerkschaftliche Solidarität nicht mehr notwendig haben, werden lohnlosflüchtig. Wir fordern Klarheit darüber, ob der Deutsche Beamtenbund in vollster Solidarität mit den unteren Besoldungsgruppen kämpfen will. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden Menne kommt ein Existenzkampf für die oberen Gruppen nie in Frage, während er für die unteren Gruppen immer gegeben ist. Das wichtige Problem ist augenblicklich die Frage der Maßregelung. Der Redner verlangte Klarheit darüber, ob sich der Beamtenbund damit beschäftigen wolle und den Gemeinregeln wieder ein Existenz beschaffen werden. Als Mensch fordere er den Beschluß einer Pflichtumlage im Deutschen Beamtenbund im Interesse der Gemeinregeln. Damit würde der Regierung bewiesen, daß die Solidarität der Beamtenschaft sich über alle Maßregelungen und sonstige Maßnahmen der Behörden hinwegsetzt. Unter keinen Umständen dürften in Zukunft kämpfende Truppen von der übrigen Kollegenschaft im Stich gelassen werden. An die Spitze des Beamtenbundes gehörten Charaktere und nicht nur kluge Köpfe. Die Bundesleitung habe den freilebenden Eisenbahner den Vorschlag in den Rücken gegeben. Nicht dieser Bundesleitung wäre es gewesen, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Unter lebhafter Bewegung und Beifall bei den Eisenbahnern erklärte Menne, daß der bisherige Bundesvorsitzende für die Reichsgewerkschaft unbrauchbar geworden sei. Welche die jetzige Bundesleitung bestimme, so sei der Beamtenbund für die Reichsgewerkschaft erledigt. In aller Offenheit, so führte der Redner aus, erkläre ich Ihnen, daß wir uns auf die Beamten nicht verlassen können, wir bewußt an die Arbeiter herangehen, um die Einheitsfront zu schaffen. (Bewegung und Unruhe.) Wir wollen uns nicht von den politischen Gewerkschaften ins Schlepptau nehmen lassen, sondern als selbständige Gewerkschaften neben ihnen stehen. In der Arbeiterkammer hat man schon seit Jahren auf die Beamten gewartet. Wir wollen Subjekt in der Wirtschaftsordnung sein und nicht in ihr untergehen. (Echthafter Beifall bei den Eisenbahnern und Postbeamten und auf den Tribünen.)

Nachdem sich Stegmeyer gegen die Reichsgewerkschaft gewendet hatte und der Bundesvorsitzende Flügel auf die verschiedenen Phasen des Eisenbahnerstreiks eingegangen war, beschloß die Versammlung, daß nunmehr die einzelnen Fachstellen des Beamtenbundes sich grundsätzlich zu den Erklärungen des Flügel und des Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft, Menne, erklären sollten. Anschließend sollte sofort der neue Bundesvorsitzende gewählt werden. In den programmatischen Erklärungen Flügel veranlaßte sich eine Organisation der Verwaltungsbeamten, die Organisation der Lehrer, Reichsbund der Kommunalbeamten, die Süddeutschen Landespartei Bayern, Baden, Oesterreich, Württemberg, Thüringen und einige kleine norddeutsche Landespartei, gegen das Programm Flügel neben der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner die Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten und mit gewissen Einschränkungen die Reichspostgewerkschaft. Prinzipiell verzichteten auf das Streikrecht die Organisationen der Postbeamten, Landjäger usw. Bei der alsdann vorgenommenen Wahl des ersten Bundesvorsitzenden erhielt der bisherige Bundesvorsitzende 278

Stimmen, der Gegenkandidat Klein-Münster, der zu der sogenannten gemäßigten Richtung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gehört, 149 Stimmen. In Stimmzeit waren anwesend und — ein Stimmzettel lautete auf General Groener. Bei der Bekanntgabe des Resultats zeigte minutenlang härmlicher Beifall ein.

Der bayerische Delegierte Dr. Waldmann beantragte nunmehr eine kurze Vertagung der Versammlung, weil man eine Erklärung der großen Gruppen im Beamtenbund erwarte, die sich dahingehend festgelegt hätten, daß die Wahl Flügel zum Bundesvorsitzenden für sie untragbar sei. Die Worte dieses bayerischen Redners trieben den Konflikt mit der Reichsgewerkschaft auf die Spitze und verursachten ein unbeschreibliches Durcheinander im Saale. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft und auch Vertreter der Postgewerkschaft packten ihre Mappen zusammen und wollten sofort den Saal verlassen. Als Dr. Waldmann sich nochmals zum Wort meldete, verlangten große Teile der Versammlung härmlich, daß er den Saal verlassen solle. Der wieder gewählte Bundesvorsitzende Flügel mißbilligte die Ausführung des bayerischen Delegierten und sprach die Erwartung aus, daß keine Folgen entstehen mögen. Nach minutenlangem härmlicher Unruhe, Plul- und Raus-Anien konnte der Verhandlungsleiter dem Delegierten Dr. Waldmann schließlich Gehör verschaffen. Dieser versuchte nunmehr, seinen präzisen Ausführungen einen anderen Sinn zu unterlegen.

Klein von der Reichsgewerkschaft erklärte, daß die Reichsgewerkschaft aus sich heraus zu der neuen Lage eine Erklärung abgeben hätte und fordert aus diesem Grunde eine Vertagung der Versammlung. Nach einseitiger Beratung beantragte der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner namens seiner Organisation, zwecks einsehender Stellungnahme zu der neuen Situation Vertagung des Bundestages auf heute vormittag 10 Uhr. Dem Antrag wurde entsprochen. Der Vorsitzende des bayerischen Beamtenbundes gab die Erklärung ab, daß Dr. Waldmann vom bayerischen Beamtenbund nicht beantragt gewesen sei, derartige Ausführungen zu machen.

### Fischtscherin über Genua

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berichterstatters mit dem Führer der russischen Genuadelegation, dem Außenminister Fischtscherin. Der Volkskommissar sagte über die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands:

Unsere Regierung befindet sich in ihrem Kontakt mit dem sozialen Boden Russlands in seinem ganzen Umfang. Aus diesem Kontakt heraus sind wir zu unserer neuen Wirtschaftspolitik gelangt, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten entzifferungen ist. Sie findet aber ihre Grenze in der Forderung der russischen Arbeiterkassen, ihre Hauptaufgabenstellungen in sozialer Hinsicht unangetastet zu lassen, und in der Forderung des Bauerntums, daß auch seine Ideen berücksichtigt werden. Diese Ideen geben Inhalt, daß dem Vorentwurf, dem die Realisation des freien Handels unter dem Reime der neuen Wirtschaftspolitik und die Forderung des kleinen Besitzers, die wirtschaftliche Verbindung gebracht haben, Ordnung und Ruhe haben will. Es verlangt die Möglichkeit, sein Korn gegen Ware auszutauschen, aber es hat zugleich eine tiefe Antipathie gegen den Großkapitalismus. Das Programm, das wir in Genua zu vertreten haben, stellt also ein Kompromiß dar, aber es ist kein Kompromiß von Zufälligkeiten und Chancen und es ist auch kein Kompromiß, das theoretischen Erwägungen oder den Wünschen einer zentralen Instanz entstammend ist. Es ist dem Leben selbst entstammend, es ist ein Kompromiß zwischen Forderungen der Wirtschaft und dem Willen des Proletariats, das seine Freiheit und seine Errungenschaften beibehalten will.

Über die Aufgaben der russischen Delegation in Genua sagte Fischtscherin:

Wir treten in Genua nicht auf als eine politische Gruppe, deren Haltung auf der Konferenz durch zufällige Beschlässe irgendeiner zentralen Instanz bestimmt wird. Es ist der ehrliche Ausdruck des in Rußland herrschenden Massenwillens, wenn die russische Sowjetregierung zum erstenmal an einer allgemeinen Konferenz teilnimmt, aber wir sind nicht ungeduldig und wir sind nicht nervös. Wir wissen, daß wir warten können, weil das russische Volk weiter bestehen will und kann, ob es nun einige Monate früher oder später zu seiner Stellung gelangen wird. Es will Frieden und Handel, es will Wiederaufbau und Entwicklung der Produktion. Seine Bedürfnisse und seine Wünsche fallen insofern zusammen mit den Bedürfnissen und Wünschen der Volksmassen anderer Länder und, falls die Regierungen anderer Länder nicht der gleiche treue Ausdruck der Forderungen dieser Länder sind, so muß unter Volk etwas länger warten, bis diese Idee von Frieden und Handel von allgemeiner Zusammenarbeit zum Zweck des Wiederaufbaues und der Entwicklung der Produktion sich allgemein durchgesetzt haben wird.

## Unfittliche Mütterchaft

Von Ella Seger.

Im Reichstag der Deutschen Republik ist gestern mit 109 gegen 156 Stimmen (bei 2 Stimmenthaltungen) die Entschließung des Hauptausschusses abgelehnt worden, wonach die Fatale der unehelichen Mütterchaft kein Grund zur Entlassung für weibliche Beamte und Hilfskräfte sein sollte. Dieses Abstimmungsresultat sowie die Debatte, die ihm vorausging, sind für die Frauen des Proletariats äußerst lehrreich. Sie beweisen klipp und klar die von uns so oft festgestellte Tatsache, daß es in einem kapitalistischen Klassenstaate keine gemeinsamen Interessen aller Frauen und insofern auch keinen gemeinsamen Kampf aller Frauen für diese Interessen gibt, sondern daß die Klassencheidung die Frauen so gut voneinander trennt wie die Männer. Denn wo sollte sich jemals Gemeinsamkeit und Verständnis über alle Klassenranken hinweg zeigen, wenn nicht in der Frage der Mütterchaft? Gibt es eine Frage, die ausschließlich oder in tieferem Sinne eine „Frauenfrage“ ist? Wenn Frauen, wenn Mütter sich auf diesem Boden nicht finden, so werden sie sich nie und nirgend finden.

Und das ist gut so. Denn wir wollen keine Gemeinschaft mit jenen Frauen, für die nicht die Mütterchaft an sich, nicht das höchste Naturmysterium des leidenden Lebens etwas Heiliges, Unantastbares ist, sondern für die dieses Mysterium erst Geltung bekommt durch die offizielle, staatliche Anerkennung.

Genso wie man in der Justiz einen wirtschaftlich und sozial geschwächten Menschen (denn der Verbrecher ist entweder physisch oder sozial zerrütet) noch mehr schwächt, indem man ihn in ein Gefängnis steckt, ebenso hat man nun das Prinzip anerkannt, eine Beamtin in dem Augenblick, in dem sie nicht nur für sich, sondern auch für einen neuen Menschen der wirtschaftlichen Unterstützung doppelt bedarf, durch Entlassung jeder wirtschaftlichen Unterstützung zu berauben.

Aber für die bürgerlichen Frauen ist das eben kein wirtschaftliches, sondern ein moralisches Problem. Die uneheliche Mütterchaft zerstört die sittliche Ordnung des Geschlechtslebens und bedeutet eine Schuld gegen die soziale Ordnung, erklärte die Zentrumsabgeordnete Frau Dransfeld. Wenn hiermit die sittliche und soziale Ordnung des heutigen Klassenstaates, der heutigen bürgerlichen Gesellschaft gemeint sind, so verdient die uneheliche Mütterchaft Anerkennung schon um des Verdienstes willen, diese „Ordnung“ zu zerstören.

Auch wir sehen an dem Problem die moralische Seite, nur daß für uns die Gemeinschaft zweier Menschen moralisch ist, wenn sie sich gründet auf gegenseitige Liebe und Achtung mit oder ohne Standesamt, und daß der staatliche Stempel, der die Gemeinschaft zur anerkannten Konstitution „Ehe“ macht, und keine Gewähr dafür zu bieten scheint, ihr die Moral zu sichern. Wer behauptet, daß die meisten Ehen moralisch sind wegen ihrer staatlichen Sanktionierung, der ist ein Dummkopf oder ein bewußter Lügner. Das ist auch von einzelnen starken Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager längst anerkannt worden.

Alle diese jämmerlichen Argumente wurden von Frauen, wurden von Müttern vorgebracht! Wie weit kann doch der soziale Einfluß der Umgebung die Natur verzerren!

Es ist aber auch interessant, wie diese Frauen ihr Vorgehen begründet haben. Ausgerechnet die Vertreterinnen der Deutschnationalen, Müller-Dittried, und des Zentrums, Dransfeld, erklärten plötzlich, „Exponentinnen des Frauenwillens im Lande“ zu sein, und die „große Mehrheit der Frauen im Volk“ nicht vergewaltigen zu dürfen. Sie erklärten, nicht über den Kopf der Berufsverbände der Beamtinnen und Lehrerinnen hinweg, die sich gegen die Entschließung erklärt hätten, eine Entscheidung treffen zu können. In den Augen des Volkes“ sei die uneheliche Mütterchaft nun einmal ein Makel. Es müßte wie eine schlechte Post an, diese Frauen plötzlich im Namen des Volkes, im Namen der großen Mehrheit der Frauen des Volkes sprechen zu hören. Wer hat sie dazu beauftragt? Ist der Berufsverband der Beamtinnen die Mehrheit der Frauen des Volkes? Wir kennen überdies Gelegenheiten, wo andere Berufsverbände und wo die Frauen des Volkes aus tiefster Not heraus Forderungen gestellt haben, die ohne Zögern abgelehnt wurden von jenen Frauen, die jetzt so starke Bedenken vor der Vergewaltigung des Volkswillens äußern.

Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Die bürgerlichen Damen sind gar nicht so „bürgerlich“. Sie stehen

zum Beispiel absolut nicht auf dem Standpunkt der „doppelten Moral“, und dementsprechend wußten sie einen einfachen Ausweg aus dem Dilemma. Sie schlugen vor, in Zukunft nicht nur die unehelichen Mütter, sondern auch die unehelichen Väter aus dem Dienst zu entlassen. Ausgezeichnet! Das weibliche Geschlecht leidet augenblicklich unter einer großen Ungerechtigkeit, fügen wir daher dem männlichen Geschlecht dieselbe Ungerechtigkeit zu, so ist die Sache damit wieder ausgeglichen. Kann man logischer sein? Wollen wir die Frauen nicht vorwärts lassen, so wollen wir doch die Männer rückwärts zwingen, und beide stehen wieder auf einer Stufe, ist das nicht wahrhaft sozial?

Schließlich wollen wir auch noch daran erinnern, daß wir heute glücklich hinter die Zeit Goethes zurückgeschritten sind! Goethe würde heute als Staatsrat bei seinen Familienverhältnissen längst im Disziplinarwege zur Strecke gebracht worden sein.

Bezeichnend ist immerhin, daß auch die Demokraten sich gegen die Entschlackung wandten. Sie schlugen vor, die uneheliche Mutterschaft und Vaterschaft als Disziplinarfall anzusehen und in jedem einzelnen Falle zu prüfen. Freut euch, ihr Mütter! Es wird in Zukunft von Staats wegen festgestellt werden, ob die Mutterschaft einer Beamtin fittlich ist oder nicht. Wer wäre berufener als bürokratische Organe des Staates, diese heikle Frage einwandfrei zu lösen?

Der Staat kann den Naturtrieb nicht ausmerzen. Er kann aber die Befruchtung einer empfangenen Frucht verbieten und außerdem die Mutterschaft, die damit erst zum unvermeidlichen Faktum wird, als unfittlich verpönnen und bestrafen. Das kann er, und das wird er weiterhin tun — „im Namen des Volkes!“

Frauen und Mütter, die ihr in staatlich gebilligter Ehe lebt, freuet euch, ihr seid fittlich, ihr seid moralisch, ihr dürft Leben gebären, eure Mutterschaft ist nicht unfittlich, sondern heilig, ein staatlich gestempeltes Papier bezeugt es, und alle Götter kämpfen vergeblich gegen staatliche Papiere und — — — Dummheit.

## Debatte im Auswärtigen Ausschuss

Die erneute Verschlebung der Abreise des Reichskanzlers war durch den Wunsch des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags bedingt, noch einmal mit dem Kanzler gewisse Einzelheiten der Reparationsnote durchzusprechen. In der gestrigen Sitzung ergriß zunächst Staatssekretär v. Simon das Wort zu einem einseitigen Referat. Daraus sprachen die Abg. Dr. Dernburg (Dem.) und Daub (D.F.P.). Von diesen Rednern wurde betont, daß auf keinen Fall ein Einritt in das deutsche Privatvermögen erfolgen dürfe. Reichskanzler Birtz erwiderte den beiden Diskussionsrednern, auch die Abg. Dr. Helfferich und Stinnes beteiligten sich an der Debatte. Gegenüber den Ratsschlägen des Abg. Stinnes hinsichtlich der Genua-Konferenz verhielt sich der Außenminister Rathenau teils zustimmend, teils ablehnend. Das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen beteiligten sich nicht an der Debatte.

## Die bayerischen Hochverräter

### Beziehungen zu den französischen Chauvinisten.

Im bayerischen Landtag wurden bei der Besprechung der Programmrede des Ministers Verchenfeld aufsehenerregende Mitteilungen über die Loslösungspläne des bayerischen Ordnungsblocks gemacht. Der Redner der rechtssozialistischen Fraktion stellte fest, daß der Ordnungsblock einen geheimen Aufruf verbreitet hat, in dem verlangt wird, daß sich Bayern so schnell wie möglich vom Reich unabhängig machen müßte. Das Ziel ist die Errichtung eines selbständigen Donausaates, dem sich auch Salzburg und Tirol anschließen sollen. An der Spitze des Staates soll selbstverständlich ein Monarch stehen, und zwar ist für diesen Posten der Kronprinz Rupprecht ausersehen.

Die bayerischen Ordnungsbreiter sind sich darüber im klaren, daß die Verwirklichung ihrer Pläne auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft des ganzen Reiches stoßen würde. Die Folge würde sein, daß der monarchistische Staat Bayern vom übrigen Reich wirtschaftlich abgeschnürt und somit in kurzer Zeit zusammenbrechen würde. In Voraussicht dieser berechtigten Abwehr haben die bayerischen Ordnungsbreiter inoffizielle Verhandlungen mit Vertretern der französischen Chauvinisten geführt. Die französische Großmacht soll den monarchistischen Staat Bayern nicht nur politisch unterstützen, sie soll ihm auch die wirtschaftlichen Existenzmittel gewährleisten. Daneben wird von Bayern aus versucht, auch Württemberg, Baden und Hessen für den Plan zu gewinnen.

Als im vorigen Herbst nach der Ermordung Erzbergers die politischen Verhältnisse in Bayern sich äußerst bedenklich zugespitzt hatten, erklärte in einer öffentlichen Versammlung der unabhängige Landtagsabgeordnete Genosse Fischer, daß die nordbayerische Arbeiterschaft die Sonderbündel der südbayerischen Partikularisten nicht mitmachen werde und im Falle eines Gewaltstreiches gegenwärtig wäre, zu dem Abwehrmittel des Generalstreiks zu greifen. Genosse Fischer wurde wegen dieser Redewendung auf der Stelle verhaftet und in einem beschleunigten Strafverfahren zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er sitzt noch heute im Gefängnis, so daß ihm die Ausübung seines Mandats unmöglich gemacht wird. Die Führer des Ordnungsblocks aber können ganz offen den Hochverrat betreiben. Sie werden weder in der Agitation gechemmt, noch hält es die bayerische Regierung für angebracht, ein Strafverfahren gegen sie einzuleiten, obwohl sich das Material über ihr verbrecherisches Treiben zu Bergen gehäuft hat.

Nach wie vor arbeiten in Bayern Regierungsbehörden, Polizeibeamte und rechtsstehende politische Führer mit den Geheimorganisationen zusammen, obwohl diese Organisationen keine andere Aufgabe haben, als die Durchführung des königspolitischen militärisch vorzubereiten. Auf diese Tatsache

wies bei den Beratungen im Landtag vor allem der Redner unserer Fraktion hin, und er belegte seine Behauptungen mit so einwandfreiem Material, daß die Regierung äußerst betroffen war und — schwieg. Jrgendeine Aenderung im bisherigen Kurs der bayerischen Regierungspolitik wird nicht zu erwarten sein. Die Reichsregierung ist zwar über die Vorgänge in Bayern eingehend unterrichtet, sie wagt aber nicht, mit starker Hand durchzugreifen. In Bayern ist eben keine republikanische, sondern eine verkappte monarchistische Regierung am Ruder. Also Vorsicht, heißes Eisen!

## Ende der R. A. G.-Fraktion

Nachdem die Mitglieder der R.A.G. ihren Uebertritt zur U.S.P. vollzogen haben, ist am Freitag auch der Uebertritt der Fraktion der R.A.G. im Reichstage zur U.S.P.-Fraktion erfolgt. Von den 15 Mitgliedern der R.A.G. haben die folgenden 11 Aufnahme gefunden: Broß, Däumig, Düwell, Fries, Geber sen., Geber jun., Adolf Hoffmann, Deil, Plettner, Teuber, Frau Wadwig. Folgende vier Abgeordnete haben ihren Uebertritt nicht vollzogen: Berthele, Eichhorn, Malzahn und Reich.

Nach dem Ausscheiden von Brühl besteht demnach die unabhängige Reichstagsfraktion aus 71 Mitgliedern und ist damit wieder die zweitstärkste Fraktion des Reichstags.

## Der beschnittene Staatsrat

Durch die Artikel 31 bis 42 der preussischen Verfassung vom 30. November 1920 ist eine höchst überflüssige Einrichtung geschaffen worden: der preussische Staatsrat. Diese Körperschaft soll ein Ersatz des früheren Herrenhauses sein, man hat allerdings vorläufig noch nicht gewagt, sie mit so weitgehenden Rechten auszustatten und hat ihr vorläufig nur ein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Landtags eingeräumt. Nun hat sich aber zwischen dem Staatsrat und der preussischen Staatsregierung eine Differenz ergeben, die den Staatsrat veranlaßt hat, den Staatsrechtslehrer der Universität Köln, Professor Stier-Somlo, um ein Gutachten der verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats zu ersuchen. Dieses Gutachten ist dann von der preussischen Staatsregierung mit einer Entgegnung, unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten Braun und dem Innenminister Severing, beantwortet worden.

Das Gutachten des Staatsrechtslehrers Stier-Somlo und die Antwort der preussischen Regierung darauf bilden den Gegenstand eines Leitartikels in dem Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, der „Zeit“. Das Organ beklagt sich heftig darüber, daß der Staatsrat als neu hinzutretendes Organ eines bereits in voller Tätigkeit befindlichen Staatskörpers scheinbar angesehen worden sei und von Anfang an Grund gehabt habe, sich über verübte Beschneidung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse zu beschweren. Das Organ läßt auch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erkennen, wozu die Rechtsparteien den Staatsrat auszubauen gedenken. Die „Zeit“ zitiert aus dem Gutachten des Professors Stier-Somlo die von ihm wiedergegebene Entstehungsgeschichte des Staatsrates und schließt sich der Auffassung des Gutachters an, daß der Staatsrat ein Gegengewicht gegen ein absolutes Parlament zu bilden habe. Der preussische Landtag sei nach erfolgter Wahl für die Legislaturperiode von vier Jahren ein absolutes Souverän, neben dem das Volk nicht mehr mitzusprechen hätte; dem Landtag in Uebereinstimmung mit dem Volkswillen zu halten, diesen dadurch unter Umständen auch gegen das sonst allmächtige Parlament zur Geltung zu bringen, solle die Aufgabe des Staatsrates sein.

Diese Auffassung über die Aufgabe des Staatsrates ist zum mindesten originell. Wir haben es glücklich so weit gebracht, daß der Volkswille in der denkbar unbeschränktesten Form durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht beider Geschlechter vom 20. Lebensjahr ab seinen Ausdruck finden kann; wir haben die absolutistische Einrichtung des Herrenhauses endlich beseitigt, immer mit dem Ziel, den Staat und seine Regierungsform nach dem unverfälschten Willen des Volkes zu gestalten. Nun erklären die Rechtsparteien, weil ihnen die Demokratie nicht paßt, das demokratisch entstandene Parlament für einen „absoluten Souverän“, neben dem man den Volkswillen zur Geltung bringen müsse. Um das zu tun, soll neben das durch den Volkswillen entstandene Parlament ein Organ gesetzt werden, auf dessen Zusammensetzung der wirkliche Wille des Volkes nicht den mindesten Einfluß hat. Diese Bestrebungen der Rechtsparteien liefern nur neuen Beweis für die Verächtlichkeit unseres Standpunktes; man soll den Staatsrat in seinen politischen Rechten solange beschneiden, bis überhaupt nichts mehr von ihm übrig bleibt.

## Das aufgerissene Maul

Der Wirkliche Geheimrat Königlich Preussische Regierungsrat Wolfgang von Kapp hat vor einiger Zeit sein — mit Respekt zu sagen — Maul sehr weit aufgerissen und erklärt, daß ihm „Ehre und Gewissen“ gebieten, dem angeblich zu Unrecht verurteilten Traugott von Jagow durch seine Gefesselung zu Hilfe zu kommen, das heißt, durch seinen Prozeß eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen seine Helfershelfer zu erwirken. Die ganze nationale Presse vertiel angesichts dieser Pose ihres Helden aus einem Entzücken in das andere und pries den echt deutschen Mut ihres Halbgottes in allen Tonarten.

Nun hat aber das Reichsgericht die Bedingungen des mutigen Hülfslings nicht angenommen und wir müssen die eben so politisch wie anatomisch merkwürdige Tatsache feststellen, daß das — mit Respekt zu sagen — Maul des Herrn Kapp noch immer offensteht. Wir wollen nicht entscheiden, ob Herr Kapp es noch nicht zugelappt und ja gesagt hat, dem Gebot seiner Ehre und seines Gewissens zu folgen, weil diese Sache sehr nicht ganz ungefährlich ist, oder ob diese

Defnung noch vorhanden ist in Folge des Erschreckens darüber, daß das Reichsgericht auf so kulantem Bedingungen seiner Erzelenz nicht eingegangen ist. Immerhin befinden wir uns in einiger Spannung, wenn sich die besagte Defnung schließen wird.

## Der Kampf in der Metallindustrie

### Einigungsverhandlungen in Heidelberg.

Am gestrigen Freitag vormittag fand eine Besprechung von Vertretern des Verbandes der Metallindustriellen und des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus Süddeutschland im Reichsarbeitsministerium statt. Es handelte sich um die Verbindlichkeitsklärung des am 27. März ds. Js. in Karlsruhe für die Metallarbeiter Mannheim-Ludwigshafen gefällten Schiedspruches. Die Sitzung fand unter Vorsitz des Geh. Regierungsrats Wulff vom Reichsministerium statt.

Nach mehrstündiger Auseinandersetzung wurde beschlossen, am kommenden Mittwoch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter der gesamten süddeutschen Streitenden in der Metallbranche nach Heidelberg einzuberufen. Dort soll noch einmal eine Aussprache über die Verlängerung der Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden pro Woche, über eine durchgreifende Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Bestimmungen der Manteltarifverträge stattfinden.

## Das Bombenattentat in Budapest

U.A. Budapest, 6. April.

Der Bevölkerung der Hauptstadt hat sich infolge des Bombenattentates der erwachenden Ungarn eine riesige Erregung bemächtigt. Die morgen stattfindende Besetzung der vielen Opfer wird sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen das bestehende Regierungssystem gestalten. Die Kaufleute werden ihre Geschäfte geschlossen halten, die Arbeiterschaft wird die Arbeit niederlegen und sich geschlossen an dem Trauerzug beteiligen. Man hört ganz offen auf der Straße Schmährchen gegen Vorhug und die Erwachenden Ungarn, denen man die Schuld auch an diesem Massenmord zuschreibt. Die Polizei hat von den Attentätern bisher keinen zu verhaften vermocht. In der Untersuchung wurde festgestellt, daß der Führer der Höllemaische bayerische Fabrik ist, und die Zusammenkunft der Maschine im Hause des berühmten Bandenführers Bibó erfolgte. Trotzdem befindet sich Bibó auf freiem Fuß. Die Familienangehörigen der Opfer des Attentates haben eine Belohnung von einer Million Kronen für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Die Führer sämtlicher oppositioneller Parteien erlassen einen Aufruf, in dem sie das Wahlrecht der Regierung und infolgedessen auch die kommende Nationalversammlung für ungesetzlich und ungültig erklären. Angesichts des Terrors, der von Seiten der Erwachenden Ungarn in der Wahlbewegung ausgeübt wird und neuerdings zu dem furchterlichen Bombenattentat in Budapest geführt hat, wird in den Kreisen der Opposition erneut der Gedanke erwogen, an den Wahlen nicht teilzunehmen. Der Wahltermin wird voraussichtlich der 10. Juni sein. Die Zahl der Mandate beträgt 246.

## Kommunistisch-faschistischer Burgfrieden?

U.A. Rom, 7. April.

Sicherem Vernehmen nach ist es der italienischen Regierung gelungen, für die Dauer der Konferenz von Genua den Burgfrieden zwischen den italienischen Parteien zu sichern und eine Garantie dafür zu erhalten, daß zwischen Faschisten und Kommunisten Ruhe gewahrt wird, so daß die Konferenz durch politische Ausschreitungen nicht gestört werden wird.

## Preussischer Landtag

Das Haus beginnt mit der Abstimmung über den Haushalt der Gewässerverwaltung. Abgelehnt wird im Hainmelsprung der Antrag der U.S.P., die im Etat eingeschätzten 25 Millionen für die Beteiligung der staatlichen Gewässer an Pferderennen zu streichen. Ebenso wird der Antrag der U.S.P. mit 4 Stimmen Majorität abgelehnt, die vorgezeichneten 25 Millionen Zuschuß zu dem Pferdeausfuhrfonds zu streichen.

Da nunmehr wegen der Abreise verschiedener Mitglieder der bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit gefährdet schien, beantragt Abg. Forch (Str.) Vertagung der Abstimmung über den Etat bis nach den Osterferien. Das Haus beschließt demgemäß.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Landtags (Erhöhung der Diäten) einstimmig angenommen.

In der nun folgenden Fortsetzung der Beratung des Domänenetats nimmt zuerst das Wort der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, dessen monotonen und sehr leisen Ausführungen im Haus sehr wenig Interesse finden. Er betont, daß die Selbstbewirtschaftung der Domänen auch in Zukunft die Ausnahme bilden soll.

Abg. Jüransen (U.S.P.): Die geringe Erhöhung der Postpreise liegt in keinem Verhältnis zu der sonstigen Steigerung aller Preise. Wir müssen fordern, daß die Postpreise gesenkt werden entsprechend den Gewinnen, die die Pächter einheimen. Interessant war die Bekenntnis des Ministers, daß auch künftig die Selbstbewirtschaftung der Domänen von Staats wegen nur die Ausnahme bilden solle. Im Gegensatz dazu muß dafür gefordert werden, daß alle Staatsdomänen auch vom Staate bewirtschaftet und nicht an Privatkapitalisten verpachtet werden. Wir begrüßen die Erklärung des Ministers, daß er die Kultivierung der Moor- und Seeländereien, die Entdeckung weiterer Landarealen an den Meeresküsten fördern will. Doch diese Bienenarbeit ist nur zu bewältigen, wenn der Staat selbst die Bewirtschaftung der Domänen in die Hand nimmt. Schärfste Kritik verdient auch das Geschäftsgebahren der Schnapsmonopolverwaltung. Es ist geradezu skandalös, daß in großen Mengen aus Esbartoffeln Branntwein hergestellt wird. Um der erhöhten Profitgierlichkeit willen hat die Bevölkerung keine Preisfaktoren oder muß die wenigen mit Wucherpreisen bezahlen. Besondere Beachtung verdient die Ueberfremdung des Grund und Bodens. Der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein hat sich nicht entblödet, einen Teil seines Grundbesitzes an Danemarsk zu veräußern, um dadurch Salutagewinne zu erzielen. Solche Machenschaften sind verbrecherischer Wucher mit dem Volkswohl, den wir mit allen Mitteln bekämpfen werden. (Lebhafte Beifall links.)

Es sprechen weiter die Abg. Allion (D.F.P.), Bekermann (Dem.), Brandenburg (S.P.D.), Weiskermel (Dtn.), sowie der Landwirtschaftsminister. Die Abstimmung über den Domänenetat wird bis nach den Osterferien ausgesetzt.

Nach debatteloser Erledigung einiger kleiner Vorlagen verläßt sich das Haus auf Mittwoch, den 3. Mai, mittags 2 Uhr.

# Die S. P. D. für die technische Nothilfe

## Eine unmögliche Haltung

Bei Fortsetzung der Beratungen des Staats des Reichsministers des Innern kam es zu einer lebhaften Debatte über die Technische Nothilfe. Sie wurde eingeleitet vom Genossen Aufhäuser, der in einer grundsätzlichen Rede den gewerkschafts- und arbeiterfeindlichen Charakter dieser sogenannten Technischen Nothilfe darlegte und an Hand umfangreichen Materials nachweisen konnte, daß es sich längst nicht mehr um die Sicherung von Nothstandsarbeiten handelte. In Wirklichkeit handelt es sich im Zusammenhang mit der neuen Schlichtungsordnung um einen konzentrierten Angriff auf das Streikrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten und um ein Beiseiteschieben der Gewerkschaften in der Durchführung notwendiger sozialer Kämpfe. Die Gewerkschaften seien allein dazu berufen, über den Umfang von Nothstandsarbeiten bei Streiks zu entscheiden. Doch dürfte der Erfolg der Hilfe selbst nicht in Frage gestellt werden.

Aus einer Enquete des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer geht hervor, daß die Arbeiter überall für die Leistung der Nothstandsarbeiten gesorgt haben, vielfach aber durch die Unternehmer davon abgehalten wurden. Für die Rechtssozialisten gab Wolzenhuth die Erklärung ab, daß sie trotz aller grundsätzlichen Bedenken den unter den fortlaufenden Ausgaben angeforderten 34 Millionen Mark für die Technische Nothilfe zu stimmen. Um ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung jedoch zu verschleiern, erklärten sie, für die weiter angeforderten 3 Millionen Mark einmaliger Ausgaben nicht zu stimmen. Die SPD hat sich damit in Gegensatz zu den sämtlichen freien Gewerkschaften gestellt. Die vom Minister des Innern vorgebrachten und von dem Abgeordneten Streiter (D. Rp.) unterstützten Sensationsmeldungen über Schädigungen von Kranken anlässlich des letzten Berliner städtischen Streiks konnten vom Genossen Moses schlagend widerlegt werden. Schließlich übte Genosse Dittmann unter Hinweis auf die allgemeine soziale Wirkung und die reaktionären Bestrebungen des organisierten Unternehmertums scharfe Kritik an der Haltung der Rechtssozialisten.

Sitzung vom 7. April 1922.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min. Gemäß dem Antrage des Geschäftsordnungs Ausschusses lehnt der Reichstag die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Simon-Schwaben (SPD), Körner (Dn.), Reichhof (USP), Dietrich-Baden (Dn.) ab. Zu dem Gesetzentwurf über die Versorgung der entlassenen Soldaten bemerkt

Abg. Albrecht (USP): In letzter Stunde vor dem Auseinandergehen des Reichstags kommt die Vorlage zur Beratung. Die Regierung wußte genau, wieviel Soldaten auf Grund des Ultimatums behalten werden dürfen. Trotzdem hat sie 875 Offiziere und 80 Unteroffiziere mehr eingekauft, für die jetzt eine Sonderfürsorge verlannt wird. Wir wünschen zu wissen, um was für Offiziere und Unteroffiziere es sich handelt. Es könnten ja auch Leute sein von den Armeen der Ehrhardt, Avalow-Bermondts usw. (Sehr richtig!)

Reichswehrminister Gehler: Es handelt sich um Offiziere, die als höhere Beamte tätig waren. Die Entente hat einen Teil der höheren Beamten auf die 4000 Offiziere, die wir in unserem Heer haben dürfen, angerechnet. Daher mußten die Entlassungen vorgenommen werden. Es entstehen jedoch keine Mehrkosten.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung ohne weitere Debatte angenommen. Ein Gesetzentwurf, der bestimmt, daß die Kranken- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird, wird einstimmig angenommen. — Hierauf gelangt der Gesetzentwurf über Wochenbeihilfe und Wochenfürsorge ohne Debatte zur Annahme. — Zu dem Antrage betreffend

### die Not der Zeitungen

auf wirtschaftlichem Gebiete bemerkt

Abg. Lobe (SPD): In der letzten Zeit sind 170 Zeitungen aus wirtschaftlicher Not eingegangen. Diese Opfer an Zeitungen sind gefallen infolge der gewaltigen Papierpreiserhöhungen. Selbst die großen Zeitungsunternehmen, von Frankfurt und Köln angefangen, über Leipzig, Berlin, Königsberg bis nach Breslau sind bedroht, daß sie zusammenkrumpfen, daß sie ihren politischen, literarischen und literarischen Teil einschränken müssen. Die übrigen Zeitungen werden zu Nebenbetrieben fremder Gewerbe, werden aufgekauft von wirtschaftlichen Konzernen. Diese Zeitungen werden nicht mehr Repräsentanten selbständiger politischer Gruppen sein, sondern als Anhängel wirtschaftlicher Gruppen auftreten, und es wird öffentliche Meinung fabriziert, wie man andere Waren fabriziert. (Sehr gut!) Es besteht auch die Gefahr, daß in deutscher Sprache erscheinende Zeitungen zum Werkzeug fremder ausländischer Interessen und Mächte werden, weil die Verleger nicht in der Lage sind, ihren Betrieb weiter zu führen. Wir wollen deshalb in einer Entschliessung die Regierung ermächtigen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags die in den Vorberatungen erwachsenen Vorschläge in gesetzgeberischer Form vorzulegen.

Staatssekretär Girsch: Die Reichsregierung ist sich der Gefahren sehr wohl bewußt. Die Regierung ist bereit, alles, was mit der wirtschaftlichen Lage Deutschlands vereinbar ist, zu tun, der Uniformierung der deutschen Presse entgegenzuwirken. Sie wird entsprechend dem Antrage der Parteien einen Gesetzentwurf vorlegen. — Der von Lobe begründete Antrag der Parteien wird angenommen.

Die Beratung des Staats des Reichsministeriums des Innern benutzte Abg. Verndt (Dn.) zu einem Angriff auf die sächsische Regierung und die sächsischen Polizeiverhältnisse.

### Abg. Aufhäuser (USP):

Herrn Verndt widerstrebt das, was er Verbandsunwesen der deutschen Polizeibeamten nennt, deshalb, weil die Schutzpolizei nicht arbeiterfeindlich genug auftritt. (Sehr wahr!) Herr Verndt behauptete ferner, daß die verschiedenen Beamtenorganisationen dann einzeln sind, wenn es sich um Stellungnahme gegen Vorgesetzte handelt. Wir erblicken darin ein gewisses Erwachen der Polizeibeamten,

wenn sie einmal darüber nachdenken, was ihnen von den Vorgesetzten aufgetischt wird.

### Abrechnung mit der Technischen Nothilfe.

Nach dem Staatsrat könnte man annehmen, daß es sich bei der Technischen Nothilfe lediglich um die Erhaltung der jetzigen Zusammenfassung handelt. Aber es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Technische Nothilfe eine staatliche Schutztruppe des Unternehmertums gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte sein soll. Es handelt sich beim Einsetzen der Nothilfe nicht mehr um Sicherung und Aufrechterhaltung bestimmter Betriebe, sondern um eine ausgesprochene Klassenorganisation gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer. Sie ist für die Arbeiter, Angestellten und Beamten keineswegs weniger gefährlich, wie früher die militärische Organisation (Sehr wahr!). In der dem Reichstag zugegangenen Schlichtungsordnung ist vorgesehen, daß es in Zukunft kein Streikrecht mehr gibt. In Verbindung damit müssen wir die Technische Nothilfe betrachten; und das, was außerhalb des Hauses vom Unternehmertum getrieben wird, läßt gar keinen Zweifel darüber, daß wir es mit einer großen Offensive gegen das Arbeiterrecht zu tun haben. Der Ausbau der Technischen Nothilfe, wie er im Etat gefordert wird, bedeutet nicht weiter als eine Schwächung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wenn die Arbeiter durch die wirtschaftliche Lage zum Streik gezwungen werden, sind sie nach dem Entwurf der Schlichtungsordnung zunächst gezwungen, das Schiedsgericht anzurufen. Sie müssen dann den Schiedsrichter und seine Beauftragten abwarten. Nach Zustellung haben sie eine weitere Wartezeit und dann zuletzt dürfen sie nicht allein über den Streik entscheiden, sondern unter Aufsicht eines Gewerbeaufsichtsbeamten. Kommt es dann trotz alledem zu einem Streik, hat die Technische Nothilfe Zeit, den Streik abzuwürgen. Da will man uns versichern, es handle sich bei der Technischen Nothilfe um die Sicherung von Nothstandsarbeiten. Die Technische Nothilfe ist nichts anderes wie früher die gelben Gewerkschaften. Die gelben Gewerkschaften können sich nicht mehr halten, weil es keine Arbeiter mehr gibt, die so dumm sind, sich ihnen anzuschließen. Deshalb geht man dazu über, die Technische Nothilfe über das ganze Reich zu organisieren. Man sucht einen Teil der Arbeiter für die Technische Nothilfe zu kaufen, um sie in dem Kampf gegen ihre eigenen Klassenorganisationen zu benutzen. (Glaubt man, damit die Moral zu fördern, daß man junge Studenten gegen Arbeiter organisiert?, die nichts anderes begehren, als in dem Kampf um Verbesserungen ihrer Lage zu treten. Es wäre viel nützlicher, den Studenten einmal Aufklärung zu geben über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. (Sehr richtig!) Man hat früher den militärischen Organisationen erklärt, sie müßten auf Vater und Mutter stehen. Was machen sie denn bei der Technischen Nothilfe jetzt anders? Auch diese Leute müssen, so sagen sie, bereit sein, den eigenen Klassengenossen in den Rücken zu fallen. So weit es sich bei den Streiks um die Befehle der Menschlichkeit handelt, werden die Arbeiter und Beamten selbst dafür sorgen, daß sie diese Befehle wahren. Es ist mir vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer ein umfangreiches Material vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Arbeiter in allen Fällen dafür gesorgt haben, daß die Nothstandsarbeiten geleistet werden. Aber es geht aus dem Material hervor, daß die Unternehmer in sehr vielen Fällen es den Arbeitern unmöglich gemacht haben, die Nothstandsarbeiten auszuführen. (Hört! Hört!). Die Technische Nothilfe hat auch in technischer Hinsicht vollkommen versagt. Maschinen, Kesselanlagen und andere Betriebsrichtungen wurden aus schwerer Beschädigung. Was sich hier abspielt, ist keine reine Polizeianglegenheit, sondern eine Angelegenheit, gegen die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit zu wehren wissen. Wenn sie glauben, daß die Arbeiter sich die Kraft, die sie durch ihre Organisationen erlangen haben, durch Staatseinrichtungen rauben lassen werden, so irren sie sich. Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß es sich hier um einen ausgesprochenen konzentrierten Vorstoß gegen ihr Streikrecht handelt. (Sehr wahr!) Jetzt beabsichtigt man, die Technische Nothilfe auch in der Landwirtschaft zu verwenden. (Hört! Hört!). Wir werden uns das Streikrecht nicht nehmen lassen. Diejenigen aber, die hier durch Vermehrung der Mittel für die Technische Nothilfe Kämpfe herausbeschwören, sollen sich nicht wundern, wenn es zu Zusammenstößen kommt. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems wird auch durch die Technische Nothilfe nicht aufgehalten. Es wird nicht verhindert werden können, daß die Arbeiterklasse den Aufstieg nimmt, den sie nehmen muß. Wer die Mittel bewilligt, muß sich darüber klar sein, daß er denen, die das Streikrecht rauben wollen, Handlangerdienste leistet. (Leb! Wellall! Infs.)

Abg. Marek (Dn.): Die Technische Nothilfe ist notwendig. In Weinbaugebieten hat man z. B. zur Zeit, wo die Schädlinge des Weinbaues befehit werden müssen, diese Nothstandsarbeit verweigert. (Zuruf: Ist das ein lebenswichtiger Betrieb?)

Preußischer Innenminister Severing: Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Verbänden ist es gerade, die der gewerkschaftlichen Disziplin nicht zuträglich ist. In den Dienstbetrieben hat sich keine Beamtenorganisation einzustellen. Wirtschaftliche Angelegenheiten sind Sache der Verbände. Diese Arbeitsleistung wird strikte innegehalten. Es ist von der Ansicht aus der Schutzpolizei gesprochen worden, solange die Industrie in der Lage ist höhere Löhne als sie die Schutzpolizeibeamten erhalten, zu zahlen, wird es nicht zu verhindern sein, daß sich Schutzbeamte der Industrie zuwenden. Das ist auch in anderen Beamtengruppen so. Das ist bedauerlich, weil wir dadurch vielfach die besten unter den Schutzpolizeibeamten verlieren. Oberbeamte, die statt Polizeibeamten zu bilden, Rekrutendruck betreiben, werde ich ohne weiteres entlassen.

Der Reichsminister des Innern verteidigt ebenfalls in längeren Ausführungen die Technische Nothilfe gegen die Technische Nothilfe gegen die Ausführungen Aufhäusers.

Abg. Wollenbuhr (SPD) verliest eine Erklärung der SPD, die besagt, daß die Forderung dieses Mal die für die Technische Nothilfe angeforderte Summe bewilligt, die „einmaligen Ausgaben“ für die Technische Nothilfe jedoch ablehnt, um die Ausdehnung der Nothilfe zu verhindern. Sie erwartet, daß die Regierung sich mit den Gewerkschaften über Nothstandsarbeiten der Streikenden verständigt, was dann die Technische Nothilfe überflüssig machen muß.

Abg. Streiter (Dn.): Meine Freunde werden um der Ruhe und Ordnung willen mit allen Kräften für die Technische Nothilfe eintreten. Der Reichsanwalt hat mit Recht nach dem letzten Streik der Technischen Nothilfe als der Lebensretterin des deutschen Volkes gebauft.

Abg. Moses (USP): Sie regen sich darüber auf, daß bei dem Streik der Berliner Gemeindegewerkschaften und bei der Gefahr für das Leben eingetreten ist. Ein wirklicher Todesfall kann nicht ein einzelner konstatiert werden. Als im Kriege täglich Tausende in die Grube gesunken sind, haben sie sich nicht angesetzt. Es hieß, aus Anlaß des Streiks seien im Säuglingsheim Weihenstephan die Säuglinge massenhaft gestorben. Wir haben den leitenden Professor aufgefodert, zu sagen, wie die Dinge liegen. Er erklärte, während des Streiks ist ein Kind gestorben, aber nicht infolge des Streiks. Darum reden sie nicht vom Kerzestreich, von dem man in Deutschland bereits zwei organisierte? Nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern für rein politische Zwecke. Auch wir wünschen nicht, daß bei irgend einem Streik Menschen der Todesgefahr ausgesetzt werden. Aber noch mehr verurteilen wir die maßlose Dege, die getrieben wird, um gegen die Arbeiter Stimmung zu machen.

### Abg. Dismann (USP):

Die Tatsache, daß die Technische Nothilfe den Lebensnerv der Gewerkschaften treffen will, zwingt mich, das Wort zu nehmen. Wenn die bürgerlichen Parteien die Technische Nothilfe befürworten, um die Arbeiter in ihren Kämpfen und Dasein zu treffen, so ist das eine Selbstverhändlichkeit, mit der wir uns abzufinden haben. Wenn aber von Vertretern der sozialdemokratischen Partei hier heute die Erklärung abgegeben worden ist, daß sie zwar im vorigen Jahre noch gegen die Mittel für die Technische Nothilfe gestimmt haben, in diesem Jahre aber dafür stimmen werden, so können wir diese Erklärung nur mit dem tiefsten Bedauern zur Kenntnis nehmen. Die Rechtssozialisten wollen der Bewilligung von 34 Millionen Mark, die unter laufenden Ausgaben gefordert werden, zustimmen. Die 3 Millionen, die unter einmaligen Ausgaben gefordert werden, lehnen sie zwar ab. Diese ihre Stellungnahme wird sich rächen an denen, die Ihnen das Mandat gegeben haben. Der sozialdemokratischen Fraktion ist es bekannt, daß die deutschen Gewerkschaften bis zur Stunde es einmütig abgelehnt haben, der Technische Nothilfe zuzustimmen. Mit Ihrer Stellungnahme sehen Sie sich in striktem Widerspruch mit der Stellungnahme des ADGB. Bei dem Berliner Gemeindegewerkschaftsstreik haben die zuständigen städtischen Organe es veräumt, vermittelnd einzuzutreten und sachdienliche Verhandlungen zu pflegen. Ist es nicht seit Jahrzehnten bekannt, daß jeder wirtschaftliche Kampf seine Härten hat? Diejenigen, die davon betroffen werden, sind die Beschäftigten. Sie scheitern ganz und gar davon, daß Hunderttausende deshalb zugrunde gehen, daß eine verkehrte Sozialpolitik die Massen zugrunde richtet. Die Angriffe der bürgerlichen Parteien sind nur ein weiterer Anlaß für national und international die Kräfte des Proletariats zu vereinen. Wenn hier ausgeführt wurde, daß die technische Nothilfe in der Schlichtungsordnung noch Bedeutung finden würde, so lassen Sie mich sagen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich ihre Rechte verschmälern zu lassen. Die Arbeiterschaft wird geschlossen im Kampf zusammenstehen, sie wird sich wehren gegen diese Schlichtungsordnung, die ihr neue Fesseln anlegen soll und wird siegreich sein. (Leb! Bravo! Infs.)

Die Kapitel Schutzpolizei und Technische Nothilfe werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Die Abstimmung über die besonderen einmaligen Ausgaben für die Technische Nothilfe wird zurückgestellt.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 2. Mai.

## Aus der Partei

### Das Ausschlußverfahren gegen Genossen Liebshüh.

Genosse Liebshüh schreibt uns: Auf Antrag der Zentralleitung der Partei ist gegen mich, wie in der „Freiheit“ bereits mitgeteilt, ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Den Anlaß dazu hat die Tatsache gegeben, daß ich im Gespräch mit einem mir seit langem befreundeten Reichstagsabgeordneten der SPD, den Wunsch ausgesprochen habe, bald wieder nach Frankfurt zurückzukehren, von wo ich meinen Weg in die Arbeiterbewegung genommen habe. Ich ließ auch im Laufe der Unterhaltung die Möglichkeit eines eventuellen Ausscheidens aus der USP offen. Ich bin, nachdem die Zentralleitung von dieser Unterhaltung auf irgend einen anderen Wege Kenntnis erhielt und man mich zur Rede stellte, im Einvernehmen mit meinen Redaktionskollegen sofort aus der Redaktion ausgeschieden. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß es dazu keinerlei Aufforderung der Zentralleitung weder an mich, noch an die Redaktion bedurft hat. Die Mitteilung des Unabhängigen Pressedienstes, in der es heißt: „Nachdem der Zentralleitung dieses bekannt wurde, ward Liebshüh aus der Redaktion entfernt“, ist deshalb irreführend. Der „Entfernung“ hat es nicht bedurft. Da der wirkliche Vorgang auch dem Unabhängigen Pressedienst bekannt sein mußte, kann diese Wendung nur von der Absicht diktiert sein, die Redaktion der „Freiheit“ und mich selbst in den Augen der Parteigenossen herabzusetzen.

Im übrigen sehe ich dem Ausschlußverfahren mit vollster Ruhe entgegen, da von meiner Seite nichts vorliegt, was ich zu beschönigen oder zu verbergen hätte.

## Falsche Meldungen

In den letzten Tagen sind wiederholt irreführende Nachrichten über den Wechsel in der Redaktion der „Freiheit“ verbreitet worden. So wurde mitgeteilt, daß als Chefredakteur Dittmann die Nachfolgerschaft von Dr. Hifferding übernehme. Ferner sollen neu in die Redaktion als politische Redakteure eintreten: Paul Henning, früher in Halle, jetzt in Dresden und Marchionini, früher in Königsberg, jetzt in Leipzig. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt nun dazu:

„Wir können dazu feststellen, daß Genosse Marchionini gegen seine Ueberredung nach Berlin den Berliner Genossen starke Bedenken vorgetragen hat, die von ihnen anerkannt werden mußten. Genosse Marchionini hat sich vorerst nur bereit erklärt, falls die Redaktion und Pressekommision der Leipziger Volkszeitung zustimmen, für etwa vier Wochen provisorisch in die Freiheit-Redaktion einzutreten, bis die Uebergangswirren überwunden sind. Ob es zu diesem Provisorium kommt, ist noch nicht entschieden.“ Ergänzend sei hierzu noch bemerkt, daß auch die Behauptung des Blattes des Herrn Schölem, wonach die bisherige Redaktion der „Freiheit“ an ihrem Posten bleibe, falsch ist. Die Redaktion hat nach der Veröffentlichung des Beschlusses der leitenden Parteiführerschaft den ausländischen Stellen sofort ihre Komter zur Verfügung gestellt. Lediglich im Interesse der Gesamtpartei hat sie sich dazu bereit erklärt, ihre bisherige Tätigkeit fortzusetzen, bis die neue Redaktion zusammengestellt ist. Auf das Tempo, in dem sich dieser Vorgang vollzieht, hat die alte Redaktion keinerlei Einfluß.

Erstklassige Herren - Anzüge fertig am Lager: **SCHULMEISTER**  
1575 Mk. 1875 Mk. 1995 Mk. 2150 Mk. 2295 Mk. Berlin SO 26 :: Kottbuser Tor



### Ein Fest der Orgesch Wohltätigkeit als Aushängeschild

Fridericus rex. Wohltätigkeitsfest zur Ehrung der Gefallenen des XXII. Regt.-Korps. Zoologischer Garten. Olympia. Reklabteilung Tanzschule der Frau Oberleutnant. Tonkünstlerorchester.

Fürwahr, recht viel auf einmal und ganz bunt durcheinandergerückte Begriffe. Und doch ergibt sich bei längerem Entziffern der gewollte Zusammenhang.

Fridericus rex ist ein Festspiel. Der Mann, der immerhin einige menschliche Züge hatte, soll damit in den Zoologischen Garten verpflanzt werden. Bei gutem Wetter findet der erste Akt im Freien, bei schlechtem im Marmorsaal statt. Für letzteren Fall kündigt der Dichter einige textliche Änderungen an. Es wird also dann statt: Majestät, die Sonne lacht, gesprochen werden: Majestät, es regnet, ohne daß dabei der Geist der Dichtung irgendeine Einbuße erleiden könnte. Allen vorsichtigen Dichtern übrigens ein wertvoller Ringerweis, ihre Verse in doppelter Wetterfassung niederzuschreiben.

Olympia ist weder eine Adrennbahn noch ein Varieté, sondern ein „Verein für Leibesübungen, der eine eigene Reklabteilung unterhält und — selbsterständig — nur Sport treibt. Wenn er mit einer Veranstaltung in die Öffentlichkeit tritt, dann vermeidet er — ebenso selbsterständig — alles, was bei nervösen Ententezweilen ein falsches Bild vom deutschen Volksempfinden hervorrufen könnte, denn er weiß, wie sehr dies dem ganzen Volke schadet.

Es ist aber gewiß keinerlei Absicht dabei, wenn der Verein für Leibesübungen den armen Fridericus rex in den Zoologischen Garten in Gesellschaft der Tanzschule der Frau Oberleutnant zwingt, sondern nur Zufälligkeit oder höchstens eine groteske Geschmacklosigkeit, und man könnte den Spitz mit herabstem Pochen abtun, Händen nicht noch zwei Worte da.

Die Worte: Wohltätigkeitsfest und Ehrung der Gefallenen, Wohltätigkeitsfest haben bekanntlich nie mit Wohltätigkeit etwas zu tun gehabt. In den Zeiten arzenzenloser Beerdigung aber wird die Spielerei zur förmlichen Verhöhnung. Der Verein für Leibesübungen, der eine eigene Reklabteilung hat, scheint in vornehmer Zurückhaltung keinerlei Fühlung mit dem noleidenden Volke zu haben.

Aber für eines hätte er doch Gefühl haben können: die armen Gefallenen mit der „Ehrung“ durch eine Parlektade zu verschonen.

Gefallene ehrt man, indem man um sie trauert und dafür kämpft, daß es nie wieder Krieg gibt.

Dazu helfen nicht Marmorsäle und Zoologische Gärten mit Reit-, Tanz- und weiterabänderlichen Theaterveranstaltungen, sondern einzig und allein das lebendigste Werden im wirklichen Leben, von dem der Draufgänger-Verein Olympia keine Ahnung hat.

### Reinrentnerfürsorge

Zur Unterstützung noleidender Reinrentner gemäß den vom Magistrat angenommenen Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse und die vorläufige Regelung der Unterstützung noleidender Reinrentner durch Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt vom 21. Januar 1922 werden bei den Bezirksämtern Fürsorgestellen für Reinrentner eingerichtet. Für Sie in den 6 Alt-Berliner Bezirken wird unten angegeben. In den bisherigen Vororten (in den Bezirken 7-20) werden sie besonders bekanntgegeben. Diese Fürsorgestellen sind zuständig für bedürftige, in der Stadt Berlin wohnende Deutsche, die selbst, oder deren Ehegatten, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen mit einem Jahreseinkommen von wenigstens

600 M. sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunmöglichkeit im wesentlichen auf dieses Einkommen angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorsorge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist. Arbeit im Sinne dieser Bestimmungen ist auch eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die üblicherweise ohne Entgelt erfolgt, aber im Falle der Einstellung fremder Kräfte vergütet werden müßte. Ihr Recht eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich, wenn sie Jahre hindurch die Arbeitskraft wesentlich in Anspruch genommen hat.

Kleinrenter mit einem, die jeweilig geltenden Sätze der Erwerbslosenfürsorge überschreitenden Einkommen, gelten in der Regel nicht als bedürftig. Die hiernach in Betracht kommenden Personen werden aufgefordert, sich womöglich schon am 10., 11. oder 12. April in der für die zuständigen Fürsorgestellen in den Vormittagsstunden von 8-3 Uhr zu melden. Mitzubringen sind Papiere, aus denen der Vermögensstand und die Einkommensverhältnisse ersichtlich sind, namentlich die Steuerveranlagungen für die Jahre 1919 und 1920. Die Fürsorgestellen der Bezirke 1-6 bestanden sich: Für den Bezirk I (Mitte), Breitenstr. 36, Hof links, Aufgang 6 IV Tr., Zimmer 123, für den Bezirk II (Tiergarten), Klopstockstr. 24 I Tr., Zimmer 33, für den Bezirk III (Wedding), Christianiastraße 73, Wohlfahrtsamt, für den Bezirk IV (Prenzlauer Berg), Kleinrentnerfürsorgestelle, Wehlauerstr. 8 II Tr., für den Bezirk V (Friedrichshagen), a) für Personen, die östlich der Frucht- und Friedensstr. wohnen: Frankfurter Allee 87, Schulgebäude, Hof part. links, Zimmer 3, b) für diejenigen, die in der Frucht- und Friedensstraße und westlich davon wohnen: im Stadthaus, Eingang Parochialstraße, I Tr., für den Bezirk VI (Kreuzberg): Jordstr. 10, Seitenflügel I, Zimmer 68/69.

### Ausflugler, schützt eure Wälder!

Im Sommer des vergangenen Jahres ist es abermals häufig vorgekommen, daß erhebliche Schädigungen des Waldes gerade in seinen besuchtesten Teilen durch Abreißen von Zweigen und Fortwerfen von brennenden Zigarren- und Zigarettenenden eingetreten sind. Da die Zweige nicht abgeschnitten, sondern schonungslos abgerissen werden, wird neben dem wirtschaftlichen Nutzen auch der äußere Eindruck des Waldes auf Erholungsjüngende beeinträchtigt, ohne daß diesem Schaden für das Allgemeinwohl ein entsprechender Vorteil für die einzelnen gegenüberstände, denen erfahrungsgemäß werden die abgeschnittenen Zweige und dergl. noch auf dem Spaziergang, spateins aber am Bahnhof oder im Zuge abhies weggenommen. Abgesehen davon, daß derartige Handlungen eine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen können, bittet die städtische Forstverwaltung alle Erholungsjüngenden, die Wälder ihrem Schutze zu unterstellen und die städtischen Forstbeamten bei ihren Abwehrmaßnahmen gegen Schädlinge nach Möglichkeit zu unterstützen.

### Mieter und Reichsmietengesetz

Das Reichsmietengesetz wird eine völlig neue Festsetzung des Mietzinses, der Kosten für laufende und große Instandsetzungsarbeiten bringen und auch durch die Einsetzung von Mieterräten das Verhältnis der Mieter zum Hausbesitzer auf eine neue Grundlage stellen. Um aber alle diese Fragen Aufklärung zu verbreiten, hat die Bezirksleitung der USP. für Dienstag und Donnerstag nächster Woche öffentliche Versammlungen einberufen, in denen der Reichstagsabgeordnete Bernhard Ruhnert referieren wird. Ruhnert hat dem Ausschusse zur Beratung des Reichsmietengesetzes angehört und verfügt somit über eine ganz genaue Kenntnis der Entstehungsgeschichte und der Bedeutung dieses Gesetzes. Der Besuch dieser Versammlungen, die an anderer Stelle besonders angeündigt sind, ist deshalb für jeden Mieter überaus empfehlenswert.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß im Verlag der „Freiheit“ der erste Kommentar zum Reichsmietengesetz

herausgegeben ist, der es sich zur besonderen Aufgabe gestellt hat, der Aufklärung der Mieter zu dienen. Das Büchlein ist 48 Seiten stark und kostet gut broschiert 10 Mark. Es ist durch die Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9, und durch die Austräger der „Freiheit“ zu beziehen.

Die Wahl des Genossen Henke zum zweiten Bürgermeister für den Verwaltungsbezirk Reinickendorf ist nunmehr durch den Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Bürgerlichen, die mit ihrem Kandidaten bei der Wahl unterlagen, haben zwar keine Mittel unversucht gelassen, die Bestätigung zu hinterzählen. Abgesehen davon, daß sie jedesmal bereit sind, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu opfern, wenn die Reichsliste nicht nach ihren Wünschen ausfallen, scheuten sie auch jetzt nicht davor zurück, mit den gemeinsten Beleidigungen die Bestätigung die ihnen unbekanntem Wahl zu verhindern. Alle die Umstände, die den Genossen Henke den Bürgerlichen so unympathisch machen, sind für die proletarischen Bewohner des Bezirks außerordentliche Vorzüge. Gerade weil Genosse Henke ursprünglich Zigarrenmacher war, und später als Redakteur und Abgeordneter an der Vorbereitung der Revolution in hohem Maße mitgearbeitet hat, ist ihm das Vertrauen seiner Wähler sicher. Genosse Henke wird es auch nicht unterlassen, in seiner neuen Tätigkeit sich der Interessen des Proletariats in besonderem Maße anzunehmen. Wenn ihm dabei für die Zukunft eine noch stärkere Wehrerschaft aus bürgerlichen Kreisen erwächst, weiß er, daß er auf dem richtigen Wege ist.

Der Tod des Straßenbahnkassiers in Tempelhof aufgefährt. Gestern nachmittag war die Meldung verbreitet worden, daß der Straßenbahnkassierer Emil Teske in seiner Wohnung in Tempelhof Kaiserin-Augusta-Str. 74 ermordet aufgefunden worden sei. Den Anlaß dazu gab die Tatsache, daß Teske in seiner Wohnung mit mehreren Verletzungen aufgefunden war und die Wohnung selbst den Eindruck machte, als ob sich dort ein Kampf abgespielt habe. Da man daraus schloß, daß ein Verbrechen verübt sei, begab sich Kriminalkommissar Trettin vom Nordberetischdienst und der Gerichtsarzt Prof. Dr. Frankel sowie der Erkennungsdienst an den Fundort. Die Aufnahme des Totbendes ergab jedoch, daß der Mann allem Anschein nach ein Opfer des Alkohols geworden ist. Der Mann, der früher schon oft über den Durst trank, war am 5. d. M. entlassen worden. Letzte ging in eine Wirtschaft und war stark angeunken, als er diese verließ. Wahrscheinlich ist er infolge des Alkoholgebrauches zusammengebrochen und tot liegen geblieben. Der Gerichtsarzt stellte fest, daß die Verletzungen an der Stirn und am Auge nicht tödlich sind und wohl von einem Sturz herrühren können.

Ein falscher Telephonkassierer. In den letzten Tagen treibt im Bereiche des Fernsprechamtes Pflanzburg, insbesondere in den Häusern am Hohenzollerndamm, Kaiserallee usw. ein Söldner sein Unwesen. Er zieht die vierteljährlich fälligen Fernsprechgebühren (die Grundgebühr für April-Juni und die Gesprächsgebühren für Dezember-Januar) auf Grund von Quittungen ein, die nicht von der Telegraphenverwaltung ausgestellt worden sind. Das Formular für die Quittungen ist kein amtliches. Kennzeichnend für die Fälschung der Quittung ist folgendes: 1. Der Reklamemerkel „Gemeine Reklamation anerkannt die fälschende Marke“ fehlt auf dem amtlichen Formular. 2. In der ersten Zeile des Formulars ist hinter „Fernsprechamt“ das Wort „Pflanzburg“ mit Gummistempel statt mit Buchdruck und durchweg lateinischen Buchstaben angegeben. 3. Das Formular ist abgeschlossen mit dem Gummistempelabdruck „Verrechnungsstelle“. Ein derartiger Vermerk ist im Vertriebe der Telegraphenverwaltung nicht gebräuchlich. 4. Es fehlt der Abdruck des Tagesstempels, der zur vollen Gültigkeit der Quittung unbedingt erforderlich ist.

Festnahme eines Stillschleifersverbrechers. Freitag morgen wurde der 40 Jahre alte Polier Walter D., der in der Barenburgstraße wohnte, auf Veranlassung seiner Witwe Frau E. festgenommen, weil er an deren 13jähriger Tochter Margarete in der Nacht zuvor ein Stillschleifersverbrechen begangen hatte. Der Täter wurde der Kriminalpolizei übergeben.

### Unter fremden Menschen Von Maxim Gorki.

Ungl. autorisierte Übersetzung von August Scholl. Romanistische Verlagsanstalt 1918 in Berlin & Co., Berlin. (43. Fortsetzung.)

Zuweilen schien es mir, als müßte er im nächsten Augenblick rücklings zu Boden fallen und sterben, wie der Vogel im Märchen, nachdem seine Seele mit all ihrer Kraft restlos in das Lied ausgeflogen.

Die Hände in den Taschen oder auf dem breiten Rücken, stehen die Genossen im Kreise rings um den Sänger, schauen ernst in sein ehernes Gesicht, folgen mit dem Blick seiner Hand, die leise durch die Luft schwebt, und singen gemessen und feierlich wie auf dem Kirchenchor mit. Sie gleichen in diesem Augenblick, ob härtig oder bartlos, den Heiligenbildern — ebenso düster und weltfern erschienen sie. Das Lied war lang, wie die Landstraße und ebenso breit und einförmig; lauschte man ihm, so vergaß man, ob's Tag oder Nacht war auf Erden, ob man alt war oder jung — kurz: alles vergaß man. Schwiegen die Stimmen der Sänger, so vernahm man das stehende Schnaufen der Pferde, die nach ihrer freien Steppe bangten, und die leisen Laute der vom Felde hereinbrechenden Herbstnacht. Und das Herz ist so voll und möchte zerspringen von dem Uebermaß ungewohnter Empfindungen und der großen, stummen Liebe zu den Menschen und ihrer Mutter, der Erde.

Der eiserne kleine Kofak erschien mir als etwas Ueberirdisches, als ein sagenhaftes Wesen, das besser war und höher stand als alle Menschen. Ich war außerstande, mit ihm zu sprechen — wenn er mich nach etwas fragte, so schwieg ich verwirrt und lächelte nur glücklich. Stumm und demütig wie ein Hund hätte ich hinter ihm herlaufen mögen, nur um ihn zu sehen und singen zu hören.

Einmal sah ich ihn, wie er in einer Ecke des Pferde-stalles stand und einen glatten silbernen Ring an seiner Hand betrachtete. Seine feingekrümmten Lippen bewegten sich, der kleine rote Schnurrbart zuckte, und ein Ausdruck von schmerzlichem Unwillen lag auf seinem Gesicht.

Und dann kam ich eines Abends, als es schon ganz dunkel war, mit meinen Vogelkäfigen in ein Wirtshaus am alten Heumarkt. Der Schankwirt war ein

Liebhaber von Singvögeln und gehörte zu meiner Rundflaste.

Der kleine Kofak sah in der Nähe des Ausganges, in der Ecke zwischen Ofen und Wand. In seiner Gesellschaft befand sich ein stattliches Weibsbild, wohl doppelt so umfangreich wie er. Ihr rundes Gesicht glänzte wie Saffian, und sie blickte auf ihn mit den gütigen Augen einer Mutter. Sie schien ein wenig ängstlich, er war betrunken, scharrte mit den ausgestreckten Beinen auf dem Boden und mußte wohl ihre Füße berührt und ihr wehgetan haben, denn sie zuckte schmerzlich zusammen und hat leise:

„Nicht doch! Lassen Sie den Unfinn...“

Er zog nicht ohne Anstrengung die Frauen empor, doch sanken sie gleich wieder herab. Es schien ihm heiß zu sein, er löpste Uniform und Hemd auf und entblößte seinen Hals. Die Frau hatte ihr Tuch vom Kopfe auf die Schultern fallen lassen und die kräftigen weißen Arme mit den fest ineinander geschlungenen Fingern auf den Tisch gelegt. Je länger ich sie beide ansah, desto mehr erschien er mir als der schuldige Sohn, der sich gegen seine gute Mutter vergangen hatte. Sie redete im Tone sanften Vorwurfs auf ihn ein, offenbar hatte er auf die wohlverdienten Vorwürfe nichts zu erwidern.

Plötzlich erhob er sich ganz jäh, als wenn ihn etwas gestochen hätte, setzte unsicher seine Mütze auf und drückte sie mit der flachen Hand ganz tief in die Stirn. Ohne seinen Rock zuzuknöpfen, schritt er nach der Tür zu. Auch die Frau brach auf.

„Wir kommen gleich wieder, Kusnitsch,“ rief sie dem Schankwirt zu.

Die Gäste lachten hinter ihnen her und machten spöttische Bemerkungen.

„Wenn ihr Lotse nach Hause kommt, wird sie ihr Fett besehen!“ sagte irgend jemand mit grober, strenger Wastimme.

Ich entfernte mich gleich nach ihnen. Sie gingen im Dunkel etwa zehn Schritte entfernt vor mir her, quer über den kotigen Platz in der Richtung nach dem schräg abfallenden, hohen Wolgauer. Ich sah, wie die Frau, die den Kofaken stützte, mit ihm hin und her schwankte, und ich hörte den Kot unter ihren Füßen glucksen.

„Wohin wollen Sie denn? Wohin denn?“ fragte die Frau leise, mit ängstlich flehender Stimme.

Ich folgte ihnen durch den Schmutz, obgleich ich eigentlich einen andern Weg hatte. Als sie den Bürgersteig betraten, der an der Böschung entlang lief, blieb der Kofak stehen, tat einen Schritt zurück und verlegte der Frau plötzlich einen Schlag ins Gesicht. Sie schrie bestürzt und erschrocken auf:

„O weh, wofür war das?“

Auch ich war erschrocken und lief ganz nahe an sie heran. Ich sah, wie der Kofak die Frau um den Leib faßte und über das Geländer der Böschung warf, wie er dann hinter ihr hersprang und beide als ein großer schwarzer Knäuel über die grasbewachsene schräge Böschungswand in die Tiefe stürzten. Wie betäubt stand ich da und horchte, wie dort unten an den Kleidern der Frau gerissen ward, hörte den Kofaken brüllen und die Frau mit angsterfüllter Stimme murmeln:

„Ich werde schreien... werde schreien...“

Sie stöhnte laut und schmerzlich auf, und dann ward es still. Ich tastete im Dunkeln nach einem Stein, warf ihn hinab und hörte, wie er durch das raschelnde Gras rollte. Auf dem Plage klirrte die Glastür der Schenke, irgend jemand polterte heraus und fiel ächzend hin; dann trat wieder Todesstille ein — jeder Augenblick konnte einen neuen Schrecken bringen.

Von unten, die Böschung herauf, kam schnaufend und schluchzend ein großer weißer Klumpen emporgeflogen. Langsam und in ungleichmäßigem Tempo kam es näher, und ich sah, daß es die Frau war; sie ging auf allen vieren, wie ein Schaf, und war bis zu den Hüften nackt. Ihre großen Brüste hingen herab, und es sah aus, als hätte sie drei Gesichter. Nun hat sie das Geländer erreicht — ganz dicht neben mir setzt sie sich darauf, atmet schwer wie ein dämpfiges Pferd und beginnt ihr zerzaustes Haar zu ordnen. Auf dem weißen Körper sind deutlich die dunklen Klotzspuren zu sehen. Sie weint und wischt sich die Tränen von den Backen — wie wenn eine Kage sich wäscht, so fließt's aus. Dann bemerkt sie mich plötzlich und schreit leise auf:

„O Gott — wer ist denn da? Geh fort von hier, schämst du dich nicht?“

(Fortsetzung folgt.)

